

# Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom

GR Nr. 2000/310

05.07.00

1121. Interpellation von Bruno Sidler und Monika Erfigen über die Städtepartnerschaft Zürich-Kunming, Anzahl Reisen. Am 28. Juni 2000 reichten die Gemeinderäte Bruno Sidler und Monika Erfigen (beide SVP) folgende Interpellation GR Nr. 2000/310 ein:

Zu den grossen Geheimnissen der Städtepartnerschaft Zürich-Kunming gehört die Zahl der von Mitgliedern der Zürcher Stadtverwaltung und des Stadtrates getätigten Reisen in die chinesische Schwesterstadt. Obwohl der Stadtrat seit Jahr und Tag eine transparente Offenlegung der Zahlen auch zu diesem Aspekt der Städtefreundschaft ankündigt, liegen bis zum heutigen Zeitpunkt keine verlässlichen einschlägigen Informationen vor. Auch der "Bericht des Stadtrates zur Städtepartnerschaft Zürich-Kunming" vom Dezember 1999 schweigt sich über den Umfang der Reiseaktivitäten aus. Ueber die vermutete Zahl der bisher durchgeführten Kunming-Flüge werden die unterschiedlichsten Zahlen herumgereicht; in der öffentlichen Diskussion ist von bis zu 200 Reisen die Rede ("Tages-Anzeiger" vom 21. Juni 2000).

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen

Wie viele Reisen nach Kunming sind in den vier Jahren 1996 bis 1999 von Angehörigen der Stadtverwaltung durchgeführt worden? (Es wird um eine tabellarische Aufstellung gebeten, aus der für die einzelnen Jahre Zeitpunkt, Dauer, Anzahl Teilnehmer und Departementszugehörigkeit ersichtlich sind).

- 2 Wie viele Flüge der Swissair sind in den Jahren 1996 bis 1999 in Zusammenhang mit Reisen nach Kunming gebucht worden und wie viele Aktionärsbons haben dafür Verwendung gefunden?
- 3 Falls sich der Stadtrat ausserstande sieht, auf Frage 1 eine exakte Antwort zu geben: Auf welche Zahl schätzt der Stadtrat die in den Jahren 1996 bis 1999 bewilligten Reisen nach Kunming?

Auf den Antrag des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Die Interpellation behauptet, dass "bis zum heutigen Zeitpunkt keine verlässlichen einschlägigen Informationen" über Dienstreisen von Mitgliedern der Zürcher Stadtverwaltung und des Stadtrates nach Kunming vorliegen.

Der Stadtrat stellt fest:

1. Mitglieder der SVP-Fraktion des Gemeinderates haben bereits Anfang Januar 2000 - also zu einem Zeitpunkt, da der Bericht des Stadtrates zur Städtepartnerschaft bereits der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zur Behandlung und zum Antrag überwiesen worden ist - zahlreiche parlamentarische Vorstösse eingereicht. Alle diese Interpellationen sind übrigens mit beträchtlichem Zeitaufwand des Stadtrates und der Stadtverwaltung ausführlich und fristgerecht im Hinblick auf die bevorstehende Parlamentsdebatte beantwortet worden.
2. Im Rahmen der Terminplanung ist bereits Anfang Jahr vom Büro des Gemeinderates der Abschluss der Beratungen über die Städtepartnerschaft, d. h. über die Gemeinderatsdebatte, auf Ende Juni/Anfang Juli 2000 festgelegt worden.

- 3 Die vorliegende Interpellation ist in einem Zeitpunkt eingereicht worden, da die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Rechnungsprüfungskommission (RPK) unmittelbar vor dem Abschluss ihrer intensiven und detaillierten Beratungen zu diesem Geschäft standen und wo die Vertreter der SVP in diesen beiden gemeinderätlichen Kommissionen diesbezüglich offenbar keine Rückfragen gestellt haben.

Die vorliegende Interpellation stellt Fragen, die bei sorgfältiger Auseinandersetzung mit den zur Verfügung stehenden Unterlagen geklärt oder spätestens in den Beratungen der erwähnten gemeinderätlichen Kommissionen hätten vollständig beantwortet werden können. Der Stadtrat verzichtet deshalb - nicht zuletzt aus finanziellen und zeitökonomischen Gründen - auf eine materielle Beantwortung der Interpellation. Der Stadtrat erachtet das Vorgehen der Interpellanten als ein Zeichen eines fragwürdigen politischen Stils, zumal der Eindruck erweckt wird, es gehe den Interpellanten gar nicht um eine sachgerechte Information, sondern um publizitätswirksame Fragestellungen mit der Zielsetzung, in der Öffentlichkeit Misstrauen und Verunsicherung zu wecken.

Mitteilung an den Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten und den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug  
der Stadtschreiber